

Stellungnahme des ZVI Bayern e.V. zum Entwurf des Bayerischen Dienstrechtsgesetzes sowie zum Entwurf der Verordnung über die Leistungslaufbahn

Wiesbaden, 27.07.2009

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Vorbemerkungen.....	2
a) Stärkung des Leistungsprinzips.....	2
b) Rückblick.....	3
Fachhochschulen – Diplom-Ingenieur (FH).....	3
Eingangsamts A10.....	3
Technikerzulage.....	3
Formel „andersartig, aber gleichwertig“.....	3
Stellenobergrenzen des Bundes.....	4
A13 + Amtszulage.....	4
Gutachten bestätigt Eignung von Diplom-Ingenieuren (FH) für den höheren Dienst	4
Bayerischer Landtag fordert das Eingangsamts A12 für Diplom-Ingenieure (FH).....	4
Überlegungen zur Öffnung des höheren Dienstes für Diplom-Ingenieure (FH).....	4
Bayerische Stellenobergrenzenverordnung.....	5
Bologna-Prozess.....	6
c) Bewertung von Abschlüssen zum Diplom-Ingenieur (FH).....	7
Leistungspunktesystem bestätigt die hohe Wertigkeit von Diplomabschlüssen.....	7
Wertigkeit zusätzlicher Vorbereitungsdienste.....	7
d) Notwendigkeit einer Übergangslösung für Diplom-Ingenieure (FH).....	8
II. Bayerisches Dienstrechtsgesetz (BayDienstRG).....	9
III. Verordnung über die Bayerische Leistungslaufbahn (LlbV).....	16
IV. Zusammenfassung der wesentlichen Änderungen.....	21
V. Bewertung.....	25
VI. Verbesserungsvorschläge/Empfehlungen, Forderungen.....	27

I. Vorbemerkungen

a) Stärkung des Leistungsprinzips:

Leitgedanke des Neuen Dienstrechts ist die stärkere Berücksichtigung des Leistungsprinzips. Dies soll, wie nachfolgend dargestellt, durch eine Ausrichtung an den bewährten Hierarchien des Schulsystems erfolgen:

1. Qualifizierungsebene	Hauptschule
2. Qualifizierungsebene	Realschule
3. Qualifizierungsebene	Fachhochschulreife
4. Qualifizierungsebene	Universitäts- oder Masterabschluss

→ Eine Ebene für ein abgeschlossenes Fachhochschulstudium (Bachelor- oder Diplomabschluss) fehlt!

Das Fehlen dieser Ebene wird dadurch kaschiert, dass Diplom-Ingenieure (FH) mit **4,5-jährigem** Studium (mit Diplomarbeit) - statt eines **dreijährigen** Vorbereitungsdienstes - einen **einjährigen** Vorbereitungsdienst abzuleisten haben. Zudem beginnen sie ihre „Karriere“ im Eingangsamt A10.

Diese Zuordnung **widerspricht dem Leistungsprinzip und dem Grundsatz der Gleichbehandlung**, weil

- die Beamten des bisherigen gehobenen nichttechnischen Dienstes das Amt A10 fast zur gleichen Zeit erreichen wie Diplom-Ingenieure (FH),
- die verwaltungsintern ausgebildeten Beamten des bisherigen gehobenen technischen Dienstes dieses Amt bereits nach nur **dreijähriger** Ausbildung erreichen und
- der bisherige höhere Dienst mit dem Eingangsamt A13 unverhältnismäßig deutlich abgesetzt ins Berufsleben startet.

- **Bisher wird die deutlich längere und erheblich aufwändigere Ausbildung von Diplom-Ingenieuren (FH) nicht anerkannt, obwohl damit unzweifelhaft eine höhere Qualifikation (Eignung, Befähigung und fachliche Leistung) verbunden ist!**
- **In der Vergangenheit gab es sehr deutliche Entwicklungen/Bestrebungen zur Anerkennung der vorhandenen höheren Qualifikation von Diplom-Ingenieuren (FH).**

b) Rückblick:

➤ **Fachhochschulen – Diplom-Ingenieure (FH)**

Ende der 60er Jahre wurden Fachhochschulen gegründet und wie Universitäten der tertiären Bildungsebene zugeordnet. Dabei wurden die Zugangsvoraussetzungen deutlich angehoben → „Allgemeine Fachhochschulreife“ statt „Mittlerer Reife“. Auch die Studierendauer wurde von sechs auf neun Semester (mit Diplomarbeit) verlängert.

→ **Die Anhebung der Zugangsvoraussetzungen führten zu einer Verlängerung der Ausbildungsdauer um insgesamt 3,5 Jahre!**

➤ **Eingangssamt A10**

Zum 01.01.1974 wurde für Laufbahngruppen, in denen für die Befähigung der Abschluss einer externen Fachhochschule gefordert wird, das Eingangssamt A10 eingeführt (vgl. Bekanntmachung des StMF vom 20.08.1974, Az. 23 – P 1500 – 5/180 - 50 558). An Ingenieurschulen ausgebildete Beamte des gehobenen technischen Dienstes sowie Aufstiegsbeamte aus dem mittleren Dienst wurden dabei diesen Beamten gleichgestellt.

➤ **Technikerzulage**

Bereits die an Ingenieurschulen ausgebildeten Ingenieure (grad) erhielten wegen ihres im Vergleich mit der verwaltungsinternen Ausbildung des gehobenen nichttechnischen Dienstes **langwierigeren und kostspieligeren Ausbildung** einen **Nachteilsausgleich** in Form einer **ruhegehaltsfähigen Technikerzulage** (vgl. BVerwG, Urteil vom 14.05.1969, ZBR S. 349).

→ **Eine Anpassung des Nachteilsausgleichs an die o.g. gestiegenen Anforderungen (3,5 Jahre) fand nicht statt!**

Anmerkung:

Die Zulage wurde 1999 gestrichen, weil man annahm, dass Diplom-Ingenieure (FH), insbesondere durch deutlich bessere Stellenobergrenzen, das neu geschaffene Spitzenamt A13 + Amtszulage sowie einen beschleunigten Zugang zum höheren Dienst akzeptable Karrierechancen hätten. Die Praxis hat jedoch gezeigt, dass diese Maßnahmen nur einen sehr kleinen Teil der Beamten erreichen und selbst in diesen Fällen völlig unzureichend sind.

➤ **Formel: „Andersartig, aber gleichwertig“**

Die Formel „**andersartig, aber gleichwertig**“ hat entscheidend dazu beigetragen, dass sich Fachhochschulen – zumindest außerhalb der öffentlichen Dienste in Deutschland/

Bayern - zu einem international anerkannten Erfolgsmodell entwickelt haben!

- **Stellenobergrenzen des Bundes** (bis zum 01.01.2006 auch in Bayern geltend)
Durch das 5. Bundesbesoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 1991 vom 21.02.1992 erfolgten auch strukturelle Änderungen, **die eine Annäherung des gehobenen technischen Dienstes an den höheren Dienst herbeiführten**. Die Verbesserungen sollten nach dem Willen des Gesetzgebers eine Übertragung der im Tarifbereich erfolgten erheblichen Verbesserungen für **technische** Berufe (zur Beseitigung des Fachkräftemangels auf allen **technischen** Ebenen) auch auf die **technischen** Beamten ermöglichen (vgl. BT-Drs. 12/732, S. 25).

Die Änderungen erstreckten sich insbesondere auf neue Stellenobergrenzen für den mittleren, gehobenen und höheren **technischen** Dienst. Der gehobene technische Dienst wurde in die Verordnung zu § 26 Abs. 4 Nr. 1 BBesG (in der Fassung vom 21.08.1992, BGBl. I, 1595) aufgenommen und **hob sich damit von den allgemeinen Festsetzungen des § 26 BBesG ab**. Der gehobene technische Dienst wurde damit aus der Funktionsgruppenverordnung herausgenommen (vgl. Verordnung zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vom 21.08.1992, BGBl. I, 1597, 1598.)

- **A13 + Amtszulage**
Mit der Neufassung des § 26 Abs. 5 Nr. 4 BBesG wurde auch die Ermächtigungsgrundlage dafür geschaffen, dass Planstellen nach A13 mit einer Amtszulage (20 % der Ämter A13) → derzeit 238,40 €, ausgestattet werden können.
- **Gutachten bestätigt Eignung von Diplom-Ingenieuren (FH) für den höheren Dienst**
In seinem Gutachten „*Zur Geeignetheit des Ingenieurstudiums an einer externen Fachhochschule für die Laufbahn des höheren technischen Verwaltungsdienstes*“ (2. überarbeitete Auflage, 1993, veröffentlicht im Carl Heyne Verlag, ISBN 3-452-22638-2) belegt Prof. Dr. jur. Rolf Stober von der Technischen Universität Dresden die Geeignetheit von Diplom-Ingenieuren (FH) für den höheren Dienst.
- **Bayerischer Landtag fordert Eingangsamt A12**
Die Bayerische Staatsregierung wurde mit den beiden Beschlüssen des Bayerischen Landtags vom 03.03.1993 (vgl. LT-Drs. 12/10334 und 12/10335) aufgefordert, sich für das **Eingangsamt A12** für Diplom-Ingenieure (FH) einzusetzen.
- **Überlegungen zur Öffnung des höheren Dienstes für Diplom-Ingenieure (FH)**
Bereits 1994 gab es sehr weitgehende Überlegungen, den höheren Dienst für Absol-

venten **externer** Fachhochschulen zu öffnen (vgl. FMS v. 24.08.1995, Az. 26 – P 1330 – 5/51 142). Geplant war, die Absolventen von Fachhochschulen und Universitäten zu gemeinsamen Vorbereitungsdiensten zuzulassen und **in direktem Wettbewerb** über die Ergebnisse der Staatsprüfung die für die Laufbahngruppen des höheren Dienstes am Besten geeigneten Beamten (Bestenauslese) zu ermitteln. Auslöser für diese Überlegung war insbesondere die Forderung der **Hochschulrektorenkonferenz**, die **von einer Gleichwertigkeit der an Fachhochschulen und Universitäten erworbenen Abschlüsse** ausging.

➤ **Bayerische Stellenobergrenzenverordnung**

Bayern hat seinen im Rahmen der Föderalismusreform neu gewonnenen Gestaltungsspielraum durch die Einführung der Bayerischen Stellenobergrenzenverordnung (BayStOV) vom 13.01.2006 genutzt. Anders als durch vorgenannte Ausführungen und Beschlüsse des Bayerischen Landtags zu erwarten war, hat Bayern dabei jedoch ausschließlich die Stellenobergrenzen des nichttechnischen Dienstes deutlich angehoben (mehr als verdoppelt). Obwohl bereits damals auch beim gehobenen technischen Dienst gravierende Beförderungsengpässe bestanden, erfolgte hier keine vergleichbare Änderung.

Amt/ Laufbahn	Stellenobergrenzen		
	§ 26 Abs. 1 BBesG		BayStOV
	bis 1991	ab 1992	ab 01.01.2006
gD A10			
gD A11	30 %	30 %	
gD A12	16 %	16 %	35 %
gD A13	6 %	6 %	15 %
gtD A10		10 %	
gtD A11	30 %	40 %	
gtD A12	16 %	35 %	35 %
gtD A13	6 %	15 %	15 %
gtD A13+A		20 %*	20 %*

*aus A13 (BBesG, Anlage I, Fußnote 11 zu A 13)

- ➔ **Bayern strebt – trotz des gewaltigen Einkommensvorsprungs von verwaltungsintern ausgebildeten Beamten - einheitliche Mindestwartezeiten bei Beförderungen von verwaltungsintern und extern ausgebildeten Beamten an.**
- ➔ **Bayern hat damit den Diplom-Ingenieuren (FH) jegliche Möglichkeit genommen, das mitgebrachte Studium wenigstens annähernd anerkannt zu bekommen.**
- ➔ **Der öffentliche Dienst in Bayern ist damit bundesweit der unattraktivste Arbeitgeber für Diplom-Ingenieure (FH)!**

➤ **Bolognaprozess**

Die Einführung der neuen Studienabschlüsse Bachelor und Master im Rahmen des Bolognaprozesses hat dazu geführt, dass vorgenannte Überlegungen (ohne den Abschnitt Bayerische Stellenobergrenzenverordnung) zur Besserstellung der technischen Dienste sowie zur Zulassung von Diplom-Ingenieuren (FH) zum höheren Dienst zurückgestellt wurden und vor allem in Bayern in „Vergessenheit“ geraten sind.

In Bayern gibt es bei der Umsetzung der Erklärung von Bologna eine Reihe gravierender Fehleinschätzungen. Bisher wurde nicht erkannt, dass sich die neuen Studienabschlüsse (Bachelor und Master) grundlegend von den bisherigen Diplom- und Magisterabschlüssen unterscheiden. Die wesentlichsten Unterschiede sind:

- ❖ Bachelorstudiengänge sind mit im Regelfall nur **sechs** Semestern, in welche die Bachelor-Thesis - eine Art deutlich abgespeckte Diplomarbeit - **integriert** ist, wesentlich kürzer als die bisherigen Diplomstudiengänge mit mindestens **acht** Semestern und **zusätzlich** nachzuweisender, sehr aufwändiger Diplomarbeit.
- ❖ Die Reduzierung der Studiendauer soll durch ein System des lebenslangen Lernens (Berufserfahrung + berufsbegleitende Weiterbildung) ausgeglichen werden.
- ❖ Außerhalb Deutschlands ist die Ausbildung zum Master Teil der berufsbegleitenden Weiterbildung und erfolgt in Abendveranstaltungen und am Wochenende.
- ❖ Außerhalb Deutschlands ist der **Bachelorabschluss der Regelabschluss**, der sowohl in der Privatwirtschaft als auch in den öffentlichen Diensten zusammen mit dem System des lebenslangen Lernens **die Befähigung zur Ausübung auch für höchste Führungsaufgaben** vermittelt.
- ❖ Außerhalb Deutschlands erwerben nur etwa 3 % der Studierenden einen Masterabschluss.
- ❖ Sowohl Bachelor- als auch Masterstudiengänge können je nach Fachrichtung sowohl mehr wissenschafts- als auch mehr anwendungsorientiert sein.
- ❖ Die Studiengänge können wegen ihres modularen Aufbaus an unterschiedlichen Hochschulen in 46 Ländern mit unterschiedlichen Zugangsvoraussetzungen besucht und abgeschlossen werden.

➔ **Wegen der enormen Vielfalt ist eine pauschale Vergleichbarkeit nicht möglich.**

➔ **Zwischen Bachelorabschlüssen und Abschlüssen zum Diplom-Ingenieur (FH) bestehen zum Zeitpunkt des Studienabschlusses grundsätzliche Unterschiede, die einer Gleichbehandlung beim Zugang zum öffentlichen Dienst entgegenstehen!**

c) Bewertung von Abschlüssen zum Diplom-Ingenieur (FH)

Diplom-Ingenieure (FH) verfügen über eine Qualifikation, die sich dem hohen Niveau von universitären Diplomabschlüssen angenähert hat und sich **sehr deutlich vom Bachelor- und Beamtenfachhochschulniveau absetzt!** Der Zeitaufwand zum Erwerb der vorgeschriebenen Zugangsqualifikation (Studium + Vorbereitungsdienst) zum öffentlichen Dienst liegt bei:

Diplom-Ingenieur (FH) bei	7.320 – 9.720 Stunden
Bachelor (FH, TU/TH) bei	5.580 – 6.480 Stunden
Beamtenfachhochschulabschluss bei	3.760 – 4.200 Stunden

➤ **Leistungspunktesystem bestätigt die hohe Wertigkeit von Diplomabschlüssen**

Nach den "Rahmenvorgaben für die Einführung von Leistungspunktesystemen (**European Credit Transfere System – ECTS**), auf das sich die mittlerweile 46 Unterzeichnerstaaten der Erklärung von Bologna verständigt haben und das auch in Bayern (KMK-Beschluss vom 15.09.2000 in der Fassung vom 22.10.2004) Anwendung findet, wird die hohe Wertigkeit von Abschlüssen zum Diplom-Ingenieur (FH) bestätigt:

Ausbildungsdauer/Abschluss/Hochschulart	ECTS-P
3-jährig/Diplom/Beamtenfachhochschule	180
6 bis 8-semstrig(Bachelor/Uni od. FH	180-240
8 bis 9-semestrig/Diplom/externe FH (unter Einbeziehung der Diplomarbeit)	240 -270
8 bis 9-semestrig/Diplom/Uni	240-270
10-semestrig (6+4, 7+3, 8 + 2) /Master/Uni/FH	300

➤ **Wertigkeit zusätzlicher Vorbereitungsdienste**

Bei der Bewertung der Qualifikation von Absolventen externer Fachhochschulen ist auch zu berücksichtigen, dass diese Vorbereitungsdienste abzuleisten haben, deren Inhalte in etwa dem Umfang und Niveau von zwei Studiensemestern entsprechen und daher zu weiteren **60 ECTS-Punkten** führen. An externen Fachhochschulen ausgebildete Beamte setzen sich daher sehr deutlich von verwaltungsintern ausgebildeten Beamten ab, die nicht über eine derartige Zusatzqualifikation verfügen.

d) Notwendigkeit einer Übergangslösung für Diplom-Ingenieure (FH)

Die Entscheidung

- an Fachhochschulen erworbene **10-semestrige** Masterabschlüsse von Fachhochschulen zur 4. Qualifizierungsebene und damit dem Eingangsamt A13 zuzuordnen,
- **9-semestrig** ausgebildeten Diplom-Ingenieuren (FH) jedoch weiterhin unverändert das Eingangsamt A10 zuzuordnen und zudem davon auszugehen, dass
- Absolventen mit einem **6-semestrigen** Bachelorstudium über eine gleichwertige Qualifikation verfügen wie Diplom-Ingenieure (FH),

verstößt gegen das Leistungsprinzip und den Grundsatz der Gleichbehandlung!

- **Daher muss das neue Dienstrecht sowohl bei der Neueinstellung von Diplom-Ingenieuren (FH) als auch für bereits im öffentlichen Dienst in einem Beamtenverhältnis tätige Beamte eine Übergangslösung entsprechend den vier „Kernforderungen“ des ZVI Bayern berücksichtigen.**

Der ZVI Bayern nimmt im Einzelnen wie folgt Stellung:

II. Bayerischen Dienstrechtsgesetz (BayDienstRG):

Zu Art. 26 BayBG:

Die Einführung einer Leistungslaufbahn mit durchgängigen Fachlaufbahnen sowie fachlichen Schwerpunkten kann nur bei größeren Verwaltungen wie z.B. der Finanzverwaltung oder Bauverwaltung (Geschäftsbereich der Obersten Baubehörde oder an Wasserwirtschaftsämtern (StMUG)) mit nach vergleichbaren Maßstäben behandelbaren größeren Einheiten funktionieren.

Bei kleinen Bereichen mit nur wenigen technischen Beamten ist dies nicht möglich. Beispielsweise gehören die bei den unteren Umweltbehörden angesiedelten Planstellen für Beamte (Naturschutz, Technischer Umweltschutz und Fachkundige Stellen für Wasserwirtschaft), die im Regelfall mit Diplom-Ingenieuren (FH) des gehobenen technischen Dienstes besetzt sind sowie die vergleichbaren Diplom-Ingenieure (FH) der höheren Umweltbehörden (Regierungen) zur allgemeinen inneren Verwaltung des StMI, während die Beamten des höheren Dienstes in der Umweltverwaltung dem Geschäftsbereich des StMUG zugeordnet sind. Damit ist die Schaffung einer durchgehenden Fachlaufbahn derzeit nicht möglich.

Unter Berücksichtigung der fachlichen Zugehörigkeit der betroffenen Beamten zum StMUG empfiehlt der ZVI Bayern eine Zusammenlegung der Beamten in diesem Geschäftsbereich sowie die Schaffung einer Fachlaufbahn „Umwelt- und Naturschutz“.

Zu Art. 27 BayBG:

Obwohl für die 3. Qualifikationsebene lediglich die Fachhochschulreife oder eine andere Hochschulreife gefordert wird, werden Diplom-Ingenieure (FH), die bereits **über ein abgeschlossenes Hochschulstudium verfügen**, dieser Qualifikationsebene zugeordnet. Die vorgeschriebene längere Ausbildung führt zu einer deutlich höheren Eignung, Befähigung und fachlichen Leistungsfähigkeit, die sich zwangsläufig in einem höheren Eingangsamt niederschlagen muss. Das höhere Eingangsamt muss auch bestehende Nachteile bei der Altersversorgung ausgleichen. Gemäß § 20 BayBeamVG werden von den 4,5 Jahren Studium nur 3 Jahre für die Berechnung der Altersversorgung anerkannt.

Die Zuordnung von Diplom-Ingenieuren (FH) zum Eingangsamt A10 widerspricht dem Leistungsprinzip und verstößt gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz! Weitergehende Ausführungen und detaillierte Begründungen können den Vorbemerkungen sowie der ZVI-Synopse entnommen werden, die dem StMF bereits vorliegt.

Zu Art. 23, 24 BayBesG:

Siehe Anmerkungen zu § 28 LlbV

Zu Art. 26 BayBesG:

Der Verzicht auf Stellenobergrenzen bis zum Amt A15 wird ausdrücklich begrüßt. Da Stellenobergrenzen aber ohnehin nur eine haushaltsrechtlich zu beachtende Maßgabe darstellen, werden sie vom ZVI Bayern für vollständig entbehrlich gehalten.

Zu Art. 59 und Art. 77 BayBesG:

Sonderzuschläge (mit Anwärtersonderzuschlägen) erfüllen ihren Zweck nur dann, wenn noch ausreichend Bewerber am Markt vorhanden sind, die mittels der Zuschläge in ein unattraktives Beschäftigungsverhältnis gelockt werden sollen. Wesentlich sinnvoller ist es, den öffentlichen Dienst durch sachgerechte Anerkennung vorhandener Vorbildung, Ausbildung und Berufserfahrung so attraktiv zu gestalten, dass der öffentliche Dienst in jeder Fachlaufbahn auf jeder Qualifizierungsebene mit der Privatwirtschaft in einen Wettbewerb um die besten Bewerber eintreten kann (vergleichbar den Juristen).

Zu Art. 91 BayBesG:

Da viele Diplom-Ingenieure (FH) einen erheblichen Teil ihrer Dienstzeit im Außendienst verbringen, wird – auch aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung – empfohlen, dieser Berufsgruppe eine angemessen ausgestattete pauschale „Außendienst-Zulage (Feldaufwands-Entschädigung) zu gewähren, die im Einzelfall den jeweiligen besonderen Anforderungen angepasst werden kann.

Zu Art. 104 BayBesG:

Eine Unterscheidung von Beamten, die z.B. nach dem neuen Dienstrecht aus dem Amt A12 (Amtsrat) direkt das Amt A13 Regierungsrat erreichen und den Beamten, die das Amt A13 noch nach altem Recht als Oberamtsrat erreicht haben und nunmehr den Vermerk (kw = künftig wegfallend) erhalten sollen, ist nicht gerechtfertigt. Statt der diskriminierenden Amtsbezeichnung Oberamtsrat (kw) ist ebenfalls die Amtsbezeichnung Regierungsrat zu verleihen.

Es wäre auch nicht sachgerecht, wenn die „alten“ Oberamtsräte, die im Regelfall eine längere Berufserfahrung vorweisen können, niedrigere Zulagen erhalten als ihre jüngeren Kollegen.

Ausdrücklich wird begrüßt, dass das Amt A13 bei einem Wechsel der Qualifizierungsebene nur noch einmal durchlaufen werden muss. Wir sehen jedoch auch die Gefahr, dass die bisherigen Endämter des gehobenen Dienstes, die ausschließlich für den gehobenen Dienst zur Verfügung standen, künftig auch für Neueinstellungen in der 4. Qualifizierungsebene herangezogen werden. Damit würden sich die Karrierechancen für die künftige 3. Qualifizierungsebene deutlich verschlechtern. Keinesfalls darf passieren,

dass künftig nur noch maximal 10 % der Stellen der 4. Qualifizierungsebene (analog der verfassungsrechtlich für unbedenklich gehaltenen Aufstiegsquote) mit Beamten aus der 3. Qualifizierungsebene besetzt werden. Zu diesem Punkt sollten eindeutige Klarstellungen erfolgen.

Zu Art. 109 BayBesG:

Die Ausführungen lassen die Annahme zu, dass es aktive Beamtinnen und Beamte geben wird, die nach dem Inkrafttreten des neuen Dienstrechts Nachteile in Kauf nehmen müssen, weil sie bei Erhöhungen mit einer sich aufzehrenden Zulage belegt werden. Wegen der seit Jahrzehnten bestehenden Falscheinstufung von Diplom-Ingenieuren (FH) sollten diese generell von derartigen Regelungen ausgenommen werden. Bei der anstehenden Entscheidung ist besonders zu berücksichtigen, dass die Kolleginnen und Kollegen, die nach bisherigen Erfahrungen am stärksten von einer sich aufzehrenden Zulage betroffen wären, in Zeiten des Bewerbermangels eingestellt wurden und auf die damals von Vertretern der Staatsregierung in Aussicht gestellten Verbesserungen ihrer Karrierechancen vertraut haben.

Zu Anlage 1 – Besoldungsgruppe A10, Fußnote Nr. 5:

Das Amt A10 ist als Eingangsamt für die Fachlaufbahn „Naturwissenschaft und Technik“ wegen der hohen Vor- und Ausbildungsvoraussetzungen viel zu niedrig angesetzt. Der ZVI Bayern fordert für Diplom-Ingenieure (FH) das Eingangsamt A12, das bereits 03.03.1993 vom Bayerischen Landtag beschlossen wurde (vgl. 12/10334 und 12/10335)-

Zu Anlage 1 – Besoldungsgruppe A11, Fußnote Nr. 1:

Die Einstellung von Diplom-Ingenieuren (FH), die als Fachlehrer tätig sind, im Eingangsamt A11 wird als Schritt in die richtige Richtung, aber immer noch nicht als ausreichend empfunden.

Zu Anlage 1 – Besoldungsgruppe A13, Fußnote Nr. 6:

Die Beibehaltung der Amtszulage im Amt 13 in unveränderter Höhe (238,40 €) wird grundsätzlich begrüßt, zumal durch den Wegfall der Stellenobergrenzen deutlich mehr Zulagemöglichkeiten geschaffen werden können. Gleichzeitig sehen wir in der Zulage jedoch auch einen deutlichen Hinweis, dass diese als Ersatz für eine Nichtzulassung besonders fähiger Beamter zu den Ämtern ab A14 vorgesehen sind.

Auf die Zulage könnte streng genommen verzichtet werden, wenn von der in der Verordnung über die Leistungslaufbahn genannten Möglichkeit Gebrauch gemacht würde (vgl. Begründung zu §31 Abs. 2 S. 7 LlbV), **die Zulassung zur 4. Qualifikationsebene**

von der vorhandenen Qualifikation mit Berufserfahrung anstatt einer modularen Qualifizierung abhängig zu machen. Beamte und Beamtinnen, die die Ämter A13 und A13 + AZ – trotz der bestehenden langen Mindestwartezeiten für Beförderungen - erreicht haben, eignen sich in besonderem Maße für die Anwendung der neu geplanten Regelung.

Zu Anlage 10:

Nicht nachvollziehbar ist, warum Diplom-Ingenieure (FH), die ihr Studium bereits abgeschlossen haben, unverändert mit Studienanfängern an Beamtenfachhochschulen gleichgestellt bleiben sollen und damit nur Anwärterbezüge in Höhe von 892,23 €/Monat erhalten. Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass Absolventen, denen nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes das Eingangsamt A12 verliehen wird, Anwärterbezüge in Höhe von 1.021,78 € und beim Eingangsamt A13 in Höhe von 1.051,25 € zugestanden werden, ist eindeutig zu erkennen, dass die hier vorhandene höhere Qualifikation berücksichtigt wird. Gründe, die eine Gleichbehandlung von Diplom-Ingenieuren mit Studienanfängern rechtfertigen können, gibt es nicht.

Zu Art. 20 BayBeamtVG

Die regelmäßig von Diplom-Ingenieuren (FH) erbrachte Studiendauer liegt bei mindestens 9 Semestern, weil die vorgeschriebene, sehr aufwändig zu erstellende Diplomarbeit wegen der hohen inhaltlichen und zeitlichen Anforderungen während der Praxis- und Theoriesemester nicht untergebracht werden kann. Hinzu kommt, dass bei den meisten Fachhochschulstudiengängen wegen des bestehenden Praxisbezugs Vorpraktika nachzuweisen sind. Zudem hat ein relativ hoher Anteil der Diplom-Ingenieure (FH) vor Beginn des Studiums eine Lehre absolviert, die die berufliche Qualifikation erhöht. Der ZVI Bayern hält es daher für gerechtfertigt, dass diese Zeiten, vergleichbar den wissenschaftlichen Qualifikationszeiten von Professoren, auf das Ruhegehalt angerechnet werden.

Zu Begründung – I. Statusrecht:

Die stufenweise Anhebung der Altersgrenzen wird auch mit einem zu erwartenden Fachkräftemangel begründet. Dieser Entwicklung soll dadurch begegnet werden, dass Beschäftigte länger im Berufsleben gehalten werden sollen. Diese erwartete Mehrleistung sollte nicht einfach als ein altersabhängig gestaffeltes „Sonderopfer“ nach dem Motto: „Je jünger, desto größer“ verordnet werden, sondern mit einer akzeptanzfördernden Maßnahme versehen werden.

Zu Begründung – II. Laufbahnrecht:

Im vorliegenden Entwurf des neuen Dienstrechts wird die Berufserfahrung bisher zu wenig berücksichtigt (vgl. Beschluss von Bologna, 2003). Die Ingenieurkammern des Bundes und der Länder sowie die Privatwirtschaft gehen im Bereich der Ingenieursdisziplinen erfolgreich davon aus, dass sowohl

- Absolventen mit Bachelorabschlüssen und 5-jähriger Berufserfahrung als auch
- Absolventen mit an Fachhochschulen erworbenen Diplomabschlüssen und 3-jähriger Berufserfahrung über eine Qualifikation verfügen, die gleichwertig mit der Qualifikation von
- Absolventen mit universitären Abschlüssen sowie Masterabschlüssen von Fachhochschulen ist.

Zur Wiederherstellung und langfristigen Sicherung seiner Wettbewerbsfähigkeit sollte sich auch der öffentliche Dienst in Bayern diese Überlegungen zu eigen machen.

Bei der Neufestlegung der Aufgaben des Landespersonalausschusses sollte nicht übersehen werden, dass mehrere Ressorts über „Oberste Ausbildungsbehörden“ verfügen, die für die Abwicklung von Vorbereitungsdiensten und die Durchführung von Staatsprüfungen verantwortlich sind.

Es wird dringend empfohlen, die im Rahmen von Vorbereitungsdiensten vermittelten Inhalte einer umfassenden Bewertung zu unterziehen, weil ansonsten die Gefahr besteht, dass im Rahmen der modularen Qualifizierung Steuergelder in erheblichem Umfang verschwendet werden, weil Lehrinhalte mehrfach vermittelt werden.

Vorbereitungsdienste erhöhen die Qualifikation. Sie vermitteln das erforderliche Verwaltungs- und Rechtswissen, das anwendungsbezogen mit dem aus dem Studium vorhandenen Fachwissen verknüpft wird.

Zu Begründung – III. Besoldungsrecht:

Nachdem der Stufenaufstieg, der in Zyklen von zwei, drei und vier Jahren erfolgen soll, vom Ergebnis der periodischen Beurteilung abhängig gemacht wird, sollten die Intervalle der periodischen Beurteilung den Stufenintervallen angepasst werden.

Zu Begründung neue Besoldungsordnungen:

Der Verzicht auf das Verzahnungsamt A13 wird ausdrücklich begrüßt.

Die Fortführung der Amtszulage im Amt A13 wird mit o.g. Einschränkung grundsätzlich begrüßt.

Die Erweiterung der Besoldungsordnung A um das Amt A17 wird begrüßt. Dieses Amt sollte auch für Diplom-Ingenieure (FH) erreichbar sein.

Die Fortführung der Leistungselemente (Leistungsprämien, -zulagen und –stufen) wird begrüßt. Die Öffnung dieser Elemente für Beamte der B-Besoldung wird unter der Voraussetzung begrüßt, dass sich auch diese künftig einer periodischen Beurteilung unterziehen und sich zur Steigerung ihrer sozialen Kompetenz auch einer Bewertung durch ihre Mitarbeiter stellen.

Der Fortbestand der Ministerialzulage mit künftiger Teilnahme an linearen Steigerungen wird begrüßt.

Zu Nr. 14 (Art. 28 BayBG):

Die Festlegung, dass Beamte (z.B. Ärzte und Juristen), die über eine zweite oder Große Staatsprüfung verfügen, von einer modularen Qualifizierung ausgeschlossen sind, ist zumindest bis zum Amt A16 auf Diplom-Ingenieure (FH) auszudehnen, weil diese über eine vergleichbar lange Ausbildung wie Juristen verfügen.

Zu Art. 23 BayBesG:

Die Einführung von Besoldungsbandbreiten ist mit dem Leistungsprinzip nicht vereinbar. Beamte sind nach ihrer Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung und nicht nach ihrer Verfügbarkeit am Arbeitsmarkt einzustellen. Durch leistungsgerechte Eingangsämter werden Besoldungsbandbreiten überflüssig. Besoldungsbandbreiten führen zwangsläufig zu Ungerechtigkeiten, weil neu eingestellte Beamte bereits tätige Beamte überholen können. Die hier verfolgte Praxis würde zum Abwandern frustrierter, leistungsfähiger Beamter in die Privatwirtschaft führen.

Zu Art. 26 BayBesG:

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die ab dem Amt A15 anzuwendenden Stellenobergrenzen überschritten werden dürfen, wenn dafür Unterschreitungen in den Ämtern < A15 (Verzicht auf Besetzung oder Beförderung) vorliegen.

Zu Art. 29 BayBesG:

Es wird zur Kenntnis genommen, dass durch die Streichung der ersten beiden Leistungsstufen beim Eingangsamt A13 und dem damit erfolgenden Einstieg in die 3. Leistungs-

stufe eine Bezügeerhöhung in Höhe von rd. 161 € vorliegt. Trotz des ohnehin bereits höheren Eingangsamts setzt sich der bisherige höhere Dienst noch deutlicher von Absolventen mit Diplom-Abschlüssen an Fachhochschulen ab. Diese deutliche Anhebung der Eingangsvergütung wird mit den Vorbildungsanforderungen für die 4. Qualifikationsebene begründet.

Bei Diplom-Ingenieuren (FH) sollte, im Hinblick auf ihre ebenfalls sehr lange und qualifizierte Hochschulausbildung, neben der Anhebung des Eingangsamts auf A12 und der Einführung einer angemessen ausgestatteten Technikerzulage analog verfahren werden.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass Beamte, die sich frühzeitig für eine Tätigkeit im öffentlichen Dienst entschieden haben, wie beispielsweise verwaltungsintern ausgebildete Beamtinnen und Beamten, die bereits beim Staat studiert haben, sowie Beamte mit kurzen Studienzeiten, wie z.B. Absolventen mit Bachelorabschlüssen, besser gestellt werden sollen.

Zu Art. 30 BayBesG:

Es wird begrüßt, dass die bei den Diplom-Ingenieuren (FH) der Gewerbeaufsicht vorgeschriebenen drei Jahre Industrieerfahrung auf die Dienstzeit angerechnet werden. Keinesfalls übersehen werden sollte, dass diese Zeit die Berufserfahrung erhöht und sich damit unmittelbar auf die Eignung, Befähigung und fachliche Leistungsfähigkeit der Beamten auswirkt. Im Hinblick auf die dreijährige Berufserfahrung hält der ZVI Bayern in diesem Fall das Eingangsamt A13 für gerechtfertigt.

III. Verordnung über die Leistungslaufbahn (LlbV)

Zu § 4 Abs 3:

Es wird ausdrücklich begrüßt, dass hier auch die Möglichkeit geschaffen wurde, Bewerbern mit langjähriger Berufserfahrung einen erleichterten Wechsel der Qualifizierungsebene zu eröffnen. Von dieser Möglichkeit sollte insbesondere bei Diplom-Ingenieuren (FH) Gebrauch gemacht werden.

Zu § 12:

Es wird begrüßt, dass eine Beförderung aus dem Amt A13 in das Amt A14 erfolgen kann, ohne dass das Amt A13 + AZ zu durchlaufen ist.

Eine Beförderung in das Amt A14 erfordert eine Qualifizierung entsprechend § 4 LlbV.

Zu § 19:

Diplom-Ingenieure (FH) sollten sich bereits während des Vorbereitungsdienstes auch begrifflich von den Studienanfängern an Beamtenfachhochschulen absetzen. Bei den Beamten mit dem Eingangsamt A13 ist dies durch die Bezeichnung „Referendar/Referendarin“ gängige Praxis.

Zu § 20:

Wie oben bereits ausgeführt, erfordert die sachgerechte Anwendung des Leistungsprinzips, dass Diplom-Ingenieuren (FH) aufgrund ihrer langen Vorbildung ein deutlich höheres Eingangsamt zugeordnet wird.

Eine Anrechnung des mindestens 4,5-jährigen Studiums auf den dreijährigen Vorbereitungsdienst, der dadurch um zwei Jahre verkürzt wird (vgl. § 28 Abs.3 LlbV), reicht bei weitem nicht aus, die bestehenden erheblichen Niveauunterschiede (vgl. I. Vorbemerkungen) auszugleichen.

Zu § 27:

Zwischen dem Abschluss zum Diplom-Ingenieur (FH) und einem Bachelorabschluss bestehen erhebliche zeitliche und inhaltliche Unterschiede (vgl. I. Vorbemerkungen). Ein weiterer erheblicher Unterschied besteht darin, dass es sich bei der Ausbildung zum Diplom-Ingenieur (FH) um eine vollwertige Berufsausbildung handelt, während bei Absolventen mit Bachelorabschlüssen davon ausgegangen wird, dass diese erst durch eine noch nachzuweisende Berufspraxis vollwertig ausgebildet sind.

Wegen dieser grundlegenden Unterschiede ist eine Gleichbehandlung von Bachelor- und Diplomabschlüssen nicht zulässig.

Zu berücksichtigen ist auch, dass Bachelorabschlüsse zusammen mit dem zusätzlich abzuleistenden Vorbereitungsdienst höherwertiger sind als Abschlüsse an Beamtenfachhochschulen.

Ein erheblicher Unterschied zwischen Diplom- und Bachelorabschlüssen auf der einen Seite und Abschlüssen von Beamtenfachhochschulen auf der anderen Seite ist, dass letztere bereits während ihres Studiums Anwärterbezüge erhalten, während die zuerst genannten ihr Studium selbst finanzieren bzw. beim Zugang zum Eingangsamt meist BAföG-Schulden in erheblicher Höhe abzahlen haben. Bis zum Jahr 1999 wurde für das längere und aufwändigere Studium ein Nachteilsausgleich in Form einer Technikerzulage gewährt.

Zu § 28:

Die beim bisherigen gehobenen technischen Dienst vorgeschriebenen Vorbereitungsdienste erhöhen die Qualifikation ihrer Absolventen deutlich. Sie entsprechen im Regelfall dem in zwei Semestern vermittelten Stoff an einer Hochschule. Der Schwerpunkt der Ausbildung liegt dabei auf der Vermittlung von Rechts- und Verwaltungswissen. Dabei wird auf dem bereits vorhandenen, im Studium vermittelten Fachwissen aufgebaut. Die Dozenten und Ausbilder verfügen über die gleiche Qualifikation wie das Lehrpersonal an einer Beamtenfachhochschule. Demzufolge ist der Vorbereitungsdienst als Zusatzqualifikation zu bewerten und bei der Zuordnung zu einem Eingangsamt zu berücksichtigen.

Folgende Eingangsämter wären sachgerecht:

- A10 für Absolventen von Beamtenfachhochschulen mit 3-jähriger Ausbildung
- A11 für Absolventen mit 3-jährigen Bachelorabschlüssen und 1-jährigem Vorbereitungsdienst
- A12 für Absolventen mit 4,5-jährigen Diplomabschlüssen und 1-jährigem Vorbereitungsdienst.

Zu § 31:

Eine sachgerechte Bewertung der bei Diplom-Ingenieuren (FH) mit abgeschlossenem Vorbereitungsdienst ist in der Regel so hoch, dass diesen das Eingangsamt A12 zuzuordnen ist. Eine modulare Qualifizierung ist allenfalls für Führungspositionen ab dem Amt A16 erforderlich. Bei dieser Aussage wird berücksichtigt, dass Beamte der 4. Qualifikationsebene (z.B. Ärzte oder Juristen), die über eine 2. oder Große Staatsprüfung verfügen, wegen ihrer langen Vorbildung nicht an modularen Qualifizierungsmaßnahmen

teilnehmen müssen. Die Studiendauer von Diplom-Ingenieuren (FH) und Juristen ist nahezu identisch. Diplom-Ingenieure (FH) müssen eine wissenschaftliche Arbeit (Diplomarbeit) nachweisen, die bei Juristen gänzlich fehlt. Diplom-Ingenieure (FH), die ihren Vorbereitungsdienst vor 1995 abgeschlossen haben, mussten ebenfalls einen 2-jährigen Vorbereitungsdienst durchlaufen. Die von Diplom-Ingenieuren (FH) abzuleistende Abschlussprüfung unterscheidet sich von Art und Umfang her nur unwesentlich von einer Staatsprüfung. Diplom-Ingenieure (FH) absolvieren am Ende ihres Vorbereitungsdienstes somit eine Art Zweite Staatsprüfung.

Dem noch verbleibenden geringfügigen Unterschied zwischen einem universitären Diplom und an einer Fachhochschule erworbenen Diplom wird durch das um eine Stufe niedrigere Eingangsamt A12 sowie der nachzuweisenden einer modularen Qualifizierung für das Amt A16 und darüber angemessenen Rechnung getragen.

Zu § 48 ff LlbV:

Der ZVI Bayern verweist auf seine erfolgreiche Eingabe an den Bayerischen Landtag vom 25.10.2004 (vgl. P 11 3/ÖD.0337.15), die im Wesentlichen aus den Empfehlungen der Experten (Anhörung zum Thema „Neuordnung der dienstlichen Beurteilung der Beamten in Bayern“ im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes am 26.11.2002) entwickelt wurde. Das Ziel der Dienstrechtsreform, alle Personalentscheidungen nachvollziehbarer und damit glaubwürdiger zu machen, kann nur erreicht werden, wenn neben den für eine Umsetzung angedachten Eckpunkten auch die *kursiv* gedruckten Eckpunkte des ZVI Bayern berücksichtigt werden:

1. Einführung eines 5 stufigen (bis maximal 7-stufigen) Systems. (-> vollständig umgesetzt).
2. ***Beurteilungen sind jährlich durchzuführen.***
3. ***Zu Beginn eines Beurteilungszeitraums vereinbaren Beurteiler und Beurteilter gemeinsam die zu erreichenden Ziele (Führen durch Zielvereinbarung). Die Beurteilung hat auf Grundlage eines nachvollziehbaren Soll-/Istvergleichs zu erfolgen.***
4. Beurteilungsverfahren müssen die Besonderheiten einer Verwaltung oder der Tätigkeit eines Beurteilten berücksichtigen. (-> möglich durch Spielräume der Ressorts)
5. Die Beurteilung hat in weit stärkerem Maße als bisher auch die zu erwartende Eignung für einen höheren Dienstposten (Potentialermittlung) zu berücksichtigen. (→ voll berücksichtigt)
6. Der Bewertungsrahmen ist voll auszuschöpfen. (→ nicht erkennbar)
7. ***Vorgaben aller Art sind erst ab zu beurteilenden Populationen >30 zulässig und dürfen das Ermessen der Beurteiler keinesfalls einschränken.***

8. **Beurteiler sind vor Beginn einer Beurteilungsrunde umfassend zu schulen.**
9. **Beurteiler müssen ihr Urteil auch mittels bereits während des Beurteilungszeitraums erstellten Aufzeichnungen plausibel machen können.**
10. Mitarbeiter mit deren Leistung man nicht zufrieden ist, sind spätestens ein halbes Jahr vor dem Ende eines Beurteilungszeitraums auf diesen Sachverhalt hinzuweisen.
(→ voll umgesetzt)
11. **Hierarchieeffekte sind unzulässig.**
12. **Vorgesetzte (künftig einschließlich der Beamtinnen und Beamten mit B-Besoldung) sind neben einer Beurteilung durch den jeweiligen Behördenleiter auch durch ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu beurteilen. Dem Beurteilungsbeitrag der Mitarbeiter kommt bei der Entscheidung bezüglich der Übertragung einer Vorgesetztenposition auf Dauer sowie die Gewährung von flexiblen Gehaltsbestandteilen eine besondere Bedeutung zu.**

Zu Anlage 3:

Die Diplom-Ingenieure (FH) des gehobenen bautechnischen und umweltfachlichen Verwaltungsdienstes gem. ZAPO/gtD sind vorrangig gutachterlich im Rahmen von Genehmigungsverfahren tätig. Ihr Aufgabenbereich zeichnet sich - bedingt v.a. durch EU-rechtliche Vorgaben - in besonderem Maße durch eine qualitative und quantitative Zunahme der Anforderungen aus. Da es sich um sehr kleine, mit wenig Personal ausgestattete Bereiche handelt, bedarf es hier einer Sonderlösung. Im höheren Dienst (z.B. Naturschutz und Technischer Umweltschutz) wird auf einen Vorbereitungsdienst verzichtet, weil dessen Durchführung wegen der geringen Zahl an Beamten unwirtschaftlich wäre. Die gleiche Argumentation gilt im Grunde auch für eine modulare Qualifizierung der Beamten der künftigen 3. Qualifizierungsebene.

Begründung zu § 31:

Ausdrücklich wird begrüßt, dass § 31 Abs. 2 S. 2 explizit ausführt, dass die modulare Qualifizierung auf den jeweiligen Kenntnissen aufsetzt und die Berufserfahrung berücksichtigt. Bei Diplom-Ingenieuren (FH) ist damit zu erwarten, dass eine modulare Qualifizierung erst für das Erreichen des Amtes A16 erforderlich sein wird. Dennoch können Diplom-Ingenieure (FH) im Regelfall nicht von dieser Möglichkeit profitieren, weil die Mindestwartezeiten für die Beförderungen von A10 bis A13 so lange sind, dass die Ämter A14/A15 kaum erreicht werden können. Eine weitere Erschwernis besteht darin, dass es Bereiche gibt, in denen die Ämter A14/A15 nicht oder kaum vorhanden sind (z.B. Umweltverwaltung an den Landratsämtern).

Begründung zu § 63:

Ausdrücklich wird begrüßt, dass in dieser Ausnahme festgelegt wird, dass § 12 Abs. 4 nicht für den fachlichen Schwerpunkt „Straßen- und Wasserbau“ gilt. Damit ist für diesen Fachbereich eine modulare Qualifizierung für das Erreichen des Amtes A14 nicht erforderlich.

Angesichts der vorgenannten Ausführungen sollte diese Ausnahme auf alle bereits im öffentlichen Dienst befindlichen Diplom-Ingenieure (FH) ausgedehnt und bis zum Amt A15 erweitert werden. Gründe, die für eine Beschränkung auf diesen Fachbereich sprechen, liegen nicht vor.

IV. Zusammenfassung der wesentlichen Änderungen:

1. Statt vielen Laufbahnen und Laufbahngruppen gibt es künftig eine Leistungslaufbahn mit sechs Fachlaufbahnen, in denen es fachliche Schwerpunkte geben wird. Die meisten Diplom-Ingenieure (FH) können sich in der Fachlaufbahn "Naturwissenschaft und Technik" wiederfinden.
2. Die Laufbahngruppen einfacher bis höherer Dienst werden durch vier Qualifizierungsebenen ersetzt, die im Wesentlichen den bisherigen Laufbahngruppen entsprechen.
3. Statt eines Aufstiegs von einer Laufbahngruppe zur anderen wird es eine modulare Qualifizierung mit Prüfungen geben. Die oberste Dienstbehörde legt im Einvernehmen mit dem StMF und Akkreditierung durch den Landespersonalausschuss die Ausgestaltung der modularen Qualifizierung fest. Diese kann z.B. bereits im Amt A10 beginnen und über die Grenzen einer Qualifizierungsebene, also z.B. bis A15, hinausreichen. Ein Rechtsanspruch auf Beförderung oder Wechsel der Qualifizierungsebene nach erfolgreich abgelegter modularer Qualifizierung besteht nicht!
4. Die Dienstaltersstufen werden durch Leistungsstufen ersetzt. Der 2-, 3- und 4-jährige Zyklus bleibt erhalten. Das Aufrücken ist von einer positiven Feststellung bei der Beurteilung abhängig. Bei Schlechtleistungen ist ein Anhalten möglich. Der betroffene Beamte ist vorher darauf hinzuweisen und dann jährlich zu beurteilen. Sobald die Leistung wieder den Anforderungen entspricht, kann er weiter aufrücken.
5. Das Beurteilungswesen wird neu gestaltet. Statt 16 Punkten kommt ein fünfstufiges Verfahren. Es wird 14 Kriterien geben. Der Beurteilungszyklus soll bei vier Jahren liegen. Die Ressorts werden ermächtigt, davon abweichende Regelungen zu treffen. Beamte der B-Besoldung werden nicht beurteilt.
6. Die Leistungselemente (Leistungsprämie, -stufen und -zulagen) bleiben erhalten. Leistungsstufen werden gewährt, wenn bei der Beurteilung in allen 14 Kriterien mindestens 4 (von 5) Punkten erreicht werden. Künftig können auch Beamte der B-Besoldung Leistungselemente erhalten, obwohl diese nicht in die periodische Beurteilung einbezogen werden und damit auch nicht die vorgenannten strengen Kriterien erfüllen müssen.
7. Die Eingangsämter bleiben, abgesehen vom einfachen Dienst, der höher einsteigt, unverändert.

8. Der bisherige höhere Dienst – künftig 4. Qualifikationsebene - rückt aber weiter von der 3. Qualifikationsebene ab, weil hier wegen der langen, hochwertigen Ausbildung ein Einstieg in der 3. Leistungsstufe (Erhöhung um 161 €) erfolgt. Die ersten beiden Leistungsstufen im Amt A13 werden gestrichen.
9. Angehörige der 4. Qualifikationsebene, die über eine 2. oder die Große Staatsprüfung verfügen, brauchen für Beförderungen keine modulare Qualifizierung. Im Umkehrschluss kann dies bedeuten, dass Beamte, die vorgenannte Voraussetzungen nicht erfüllen (z.B. Angehörige von Sonderlaufbahnen wie z.B. dem höheren Dienst der Umweltverwaltung, in der es keinen Vorbereitungsdienst gibt, oder Aufstiegsbeamte), eine modulare Qualifizierung nachweisen müssen, um befördert zu werden. Die Entscheidung hierüber trifft die jeweilige oberste Landesbehörde.
10. Bei Beamten der anderen Qualifikationsebenen kann bereits bei Beförderungen innerhalb einer Qualifikationsebene eine modulare Qualifizierung gefordert werden. Dies stellt eine zusätzliche Erschwernis dar. Da dies beim Vorliegen der 2. oder Großen Staatsprüfung nicht gefordert wird, kann dies eine weitere Abwertung von Diplom-Ingenieuren (FH) bedeuten.
11. Die Stellenobergrenzen werden deutlich reduziert. Sie gelten nur noch für Ämter > A14. Allerdings dürfen sie überschritten werden, wenn im Bereich < A15 entsprechend eingespart wird. Im Grunde sind Stellenobergrenzen überflüssig, weil Stellenhebungen erst im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung Auswirkung entfalten.
12. Die Verzahnungsämter (wie z.B. A13, das zugleich für Oberamtsräte und Regierungsräte vergeben wird) entfallen. Von A12 Amtsrat wird man nach A13 Regierungsrat befördert. Bestehende Oberamtsräte erhalten den Vermerk (kw = künftig wegfallend). Dies stellt einen großen Vorteil dar, weil das Amt A13 nicht mehr zwei Mal durchlaufen werden muss. Hierdurch entsteht aber auch eine neue Konkurrenzsituation zwischen dem Endamt des früheren gehobenen Dienstes und dem Eingangsamt des früheren höheren Dienstes. Jeder nicht nach A13 beförderte Beamte, der 3. Qualifikationsebene, vergrößert künftig den Einstellungskorridor für die 4. Qualifikationsebene. Dies ist angesichts der unberechtigt unterstellten „Überflieger-Qualifikation“ der originären Bewerber für die 4. Qualifikationsebene sehr bedenklich.
13. Das Amt A13 + AZ bleibt unverändert erhalten und muss bei einer Beförderung von A13 nach A14 nicht durchlaufen werden.

14. Künftig wird die Probezeit in die Mindestwartezeit für Beförderungen einbezogen. Künftig wird auch während der Probezeit beurteilt. Das Beförderungsverbot während der Probezeit entfällt. Dies trifft aber nur auf Beamte zu, die nach dem 01.01.2011 eingestellt werden. Die Probezeit dauert künftig in allen Qualifikationsebenen drei Jahre. Dies stellt eine erhebliche Verbesserung für neu eingestellte Beamte dar, die dazu führen kann, dass Beamte, die kurz vor dem 31.12.2010 eingestellt wurden, karrieremäßig überholt werden.
15. Die Ministerialzulage soll künftig an linearen Erhöhungen teilnehmen. Da diese in der 4. Qualifikationsebene am höchsten ist, liegt auch hierin eine verstärkte Förderung der 4. Qualifikationsebene.
16. Die Besoldungsordnung A wird um das Amt A17 erweitert. Diese Erweiterung kommt nur der 4. Qualifikationsebene zu Gute.
17. Der Wechsel in eine andere Qualifikationsebene kann - sofern eine oberste Dienstbehörde dies will - statt der modularen Qualifizierung auch auf der Grundlage vorhandener Berufserfahrung erfolgen. Insofern von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht wird, kann dies in Verbindung mit Nr. 12 zu einer erheblichen Verbesserung beim Wechsel in eine höhere Qualifizierungsebene führen.
18. Für das Fachgebiet "Straßen- und Wasserbau" gilt die Ausnahme, dass eine Beförderung in die nächst höhere Qualifizierungsebene - ohne modulare Qualifizierung - möglich ist. Es ist jedoch zu erwarten, dass diese Regelung nur auf Straßen- und Flussmeister angewandt werden soll, die bereits jetzt das Amt A10 ohne Aufstieg erreichen können.
19. Lehrer, Juristen, Richter, Professoren, Polizisten und Beamte der 4. Qualifizierungsebene erhalten zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten oder andere Vergünstigungen.
20. Diplom-Ingenieure (FH) mit 9-semesterigem Studium und 15-monatigem Vorbereitungsdienst (Ausbildungsdauer > 5,75 Jahre) beginnen ihre Karriere unverändert ebenso im Eingangsamt A10 wie verwaltungsintern ausgebildete Verwaltungsinformatiker. Diese müssen nur einen dreijährigen Vorbereitungsdienst absolvieren, während dessen sie Anwärterbezüge beziehen.

21. Ein 6-semesteriger Bachelorabschluss wird als Zugangsvoraussetzung zur 3. Qualifikationsebene ebenso anerkannt wie der 9 Semester erfordernde Abschluss zum Diplom-Ingenieur (FH).
22. Diplom-Ingenieure (FH) haben nach wie vor auch keine Chance, den Einkommensvorsprung von verwaltungsintern ausgebildeten Beamten des nichttechnischen Dienstes aufzuholen, die ebenfalls nur drei Jahre studieren müssen und während dieser Zeit Anwärterbezüge erhalten. Das um eine Stufe höhere Eingangsamt A10 reicht als Ausgleich nicht aus, weil verwaltungsintern ausgebildete Beamte wegen ihrer kurzen Ausbildung das Amt A10 fast zur gleichen Zeit erreichen.
23. Diplom-Ingenieure (FH) werden während ihres Vorbereitungsdienstes - trotz ihrer akademischen Vorbildung - sowohl begrifflich als auch finanziell mit Studienanfängern an Beamtenfachhochschulen gleichgestellt.
24. Bei Bewerbermangel können Anwärtersonderzuschläge und Zuschläge für Laufbahngruppen mit Bewerbermangel gewährt werden.
25. Vorzeiten (z.B. berufliche Tätigkeit außerhalb des öffentlichen Dienstes) können angerechnet werden, wenn sie förderlich für die spätere Tätigkeit sind. So kann z.B. die bei den Ingenieuren der Gewerbeaufsicht geforderte Industrieerfahrung auf die Dienstzeit angerechnet werden.
26. Die stufenweise Anhebung der Lebensarbeitszeit bedeutet ein gewaltiges Einsparpotential (Endausbau: 450 Mio. €) nach dem Motto: "Je jünger der Beamte, desto größer das Sonderopfer". (Beamte, die sich in der Freistellungsphase befinden, brauchen übrigens nicht länger zu arbeiten.)
27. Eine Einstellung in einem höheren Eingangsamt ist möglich.
28. Der Landespersonalausschuss wird zu einer Mammutbehörde ausgebaut, die den anderen Ressorts vergleichbar der Haushaltsplanaufstellung vorschreibt, wie diese ihre Mitarbeiter zu qualifizieren haben.
29. Die Staatsprüfung an den Beamtenfachhochschulen wird vereinfacht, indem Prüfungsteile bereits während des Studiums abgelegt werden dürfen. Bisher musste die gesamte Staatsprüfung – wie auch bei Diplom-Ingenieuren (FH) und Juristen – am Ende des Vorbereitungsdienstes absolviert werden.

V. Bewertung:

- a) Das neue Dienstrecht wird wesentlich flexibler als das alte. Der Dienstherr wird in die Lage versetzt, auf nahezu jede Situation reagieren zu können. Beispielsweise kann er in kommenden Zeiten des zunehmenden Bewerbermangels
- Anwärtersonderzuschläge und
 - Zuschläge für Laufbahngruppen mit Bewerbermangel gewähren,
 - in höheren Eingangsämtern einstellen,
 - bereits während der Probezeit beurteilen und befördern,
 - ein schnelles Aufrücken in den Leistungsstufen ermöglichen,
 - einen Wechsel von einer Qualifizierungsebene zur anderen ausschließlich von der Berufserfahrung statt der modularen Qualifizierung abhängig machen.
- b) Die 4. Qualifikationsebene wird weiter ausgebaut und (zumindest vorerst) nur scheinbar mehr für andere Qualifikationsebenen geöffnet. Anzeichen dafür, dass mehr Beamte zur modularen Qualifizierung zugelassen werden als bisher zum Aufstieg, sind nicht erkennbar. Das bestehende "Nadelöhr" bleibt erhalten, wird eher sogar noch kleiner, weil der öffentliche Dienst sicherlich ein größeres Interesse daran haben wird, in Zeiten des Bewerbermangels junge Bewerber zu rekrutieren als bereits vorhandenen Beamten bessere Karrierechancen zu eröffnen. Änderungen sind spätestens dann zu erwarten, wenn Beamte in die freie Wirtschaft wechseln.
- c) Das System der modularen Qualifizierung kann nur bei großen Verwaltungen mit vielen gleichartigen Beamten funktionieren. Es kann z.B. nicht bei den Diplom-Ingenieuren (FH) der Umweltverwaltung an den Landratsämtern funktionieren, die quasi als "Einkämpfer" auf 71 Kreisverwaltungsbehörden verteilt sind und zudem einen sehr unterschiedlichen Erfahrungsstand aufweisen.
- d) Wegen der aktuellen Mindestwartezeiten für Beförderungen bei bereits tätigen Diplom-Ingenieuren (FH) sowie der Festlegung, dass einige Verbesserungen nur bei neu eingestellten Beamten anzuwenden sind, bleiben die anzuwendenden Verbesserungen – wie nachfolgende Tabelle bestätigt - im Regelfall ohne Wirkung.

Werdegang	Dauer	Lebensalter
Einstellung		26 Jahre
Vorbereitungsdienst	15 Monate	27 Jahre

Probezeit	2,5 Jahre	30 Jahre
Beförderung nach A11	5 Jahre	35 Jahre
Beförderung nach A12	10 Jahre	45 Jahre
Beförderung nach A13	10 Jahre	55 Jahre
Beförderung nach A14	? Jahre	Unerreichbar!!!

- e) Es ist unverständlich, warum einerseits über eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit Fachkräfte länger im Berufsleben gehalten werden sollen, andererseits aber die sich durch den Bolognaprozess bietenden Chancen, teure Ausbildungszeiten an Hochschulen zu verkürzen und deren Absolventen schneller ins Berufsleben zu holen, nicht genutzt wird.
- f) Obwohl Bayern durchaus erkannt hat, dass auch Absolventen mit Bachelorabschlüssen über eine berufsbegleitende modulare Qualifizierung die Befähigung für die 4. Qualifizierungsebene erlangen können, hält Bayern an der volkswirtschaftlich unsinnigen Entscheidung fest, den direkten Zugang zur 4. Qualifizierungsebene nur Bewerbern mit im Ländervergleich **überproportional langen Ausbildungszeiten** zu ermöglichen. Dies ist vor dem Hintergrund des sich abzeichnenden Bewerbermangels ein schwerer Fehler. Der Hauptgrund für diese Fehlentscheidung liegt in der Angst universitär ausgebildeter Beamten, sich im fairen Wettbewerb behaupten zu müssen und ihre aufgrund des bestehenden Kastensystems garantierten Privilegien mit anderen Bewerbern teilen zu müssen.
- Das neue Dienstrecht ist derzeit noch so ausgelegt, dass die Tore zur 4. Qualifizierungsebene für einen noch längeren Zeitraum nur in Ausnahmefällen geöffnet werden. **Dies dient mehr dem Wohl der selbst ernannten originären Bewerber für die 4. Qualifizierungsebene als dem Wohl Bayerns!**

VI. Verbesserungsvorschläge/Empfehlungen/Forderungen:

- 1. Diplom-Ingenieure (FH) dürfen während des Vorbereitungsdienstes nicht mit Studienanfängern an Beamtenfachhochschulen (Absolventen von Fachoberschulen, Fachabiturienten und Abiturienten) gleichgestellt werden. Die akademische Vorbildung ist durch eine andere Berufsbezeichnung (z.B. Referendar) und deutlich höhere Anwärterbezüge zu würdigen.**
- 2. Das Eingangsamt für Diplom-Ingenieure (FH) ist auf A12 anzuheben (LT-Beschlüsse aus dem Jahr 1993: LT-Drs. 12/10334 (CSU) und 12/10335 (FDP)).** Die bestehende Gleichbehandlung mit Verwaltungsinformatikern ist ebenso rechtswidrig wie der viel zu geringe Unterschied beim Eingangsamt von verwaltungsintern ausgebildeten Beamten des nichttechnischen Dienstes. Abschlüsse zum Diplom-Ingenieur (FH) sind auch höherwertiger als die im Regelfall viel kürzeren Bachelorabschlüsse.
- 3. Die langen Aus- und Fortbildungszeiten von Diplom-Ingenieuren (FH) müssen wie bei Beamten mit Zweiter oder Großer Staatsprüfung dahingehend berücksichtigt werden, dass eine modulare Qualifizierung erst für eine Beförderung in das Amt A16 erforderlich ist.**
- 4. Berücksichtigung eines Nachteilsausgleichs für Diplom-Ingenieure (FH). Diese sind bisher benachteiligt, weil sie ihr selbst finanziertes Studium mitbringen. Anders als Verwaltungsbeamte erhalten sie während ihres im Vergleich deutlich längeren Studiums keine Anwärterbezüge. Anders als Angehörige der 4. Qualifikationsebene beginnen sie ihre Karriere in einem deutlich niedrigeren Eingangsamt.**
5. Beamte der B-Besoldung müssen in die Beurteilung einbezogen werden, um von Leistungselementen profitieren zu können. Um die soziale Kompetenz der Vorgesetzten zu fördern, wird die Einführung einer Beurteilung durch die Mitarbeiter dringend empfohlen.
6. Anpassung des Beurteilungszyklus an die Zyklen der Leistungsstufen; vierjähriger Beurteilungszyklus und 2-/3-jährige Leistungszyklen sind unvereinbar. Die Vergabe von Leistungselementen erfordert einen deutlich kürzeren Beurteilungszeitraum.
7. Die modulare Qualifizierung für Beförderungen innerhalb einer Qualifizierungsebene stellt einen unnötigen Mehraufwand dar und sollte daher ausschließlich für einen Wechsel der Qualifizierungsebene gefordert werden. Gegen einen frühzeitigen Beginn der modularen Qualifizierung zur Vorbereitung auf einen Wechsel der Ebene bestehen kei-

ne Bedenken. Das bisherige System einer freiwilligen Fortbildung, die sich positiv in einer Beurteilung niederschlagen kann, hat sich bewährt.

8. Zusammenlegung des höheren umweltfachlichen mit dem mittleren und gehobenen umweltfachlichen Dienst in einem Ressort. Die derzeit bestehende Zuteilung des höheren Dienstes zum StMUG und des mittleren und gehobenen Dienstes zum StMI steht einer einheitlichen Fachlaufbahn entgegen. Die diesen Laufbahngruppen entsprechenden Qualifizierungsebenen sollten im StMUG vereint werden, zumal das StMI keinen fachlichen Bezug zu diesen Aufgaben hat.
9. Anerkennung der zunehmend längeren Lebensarbeitszeit z.B. durch höhere Pensionsansprüche. Die vom Geburtsjahr abhängige Ausdehnung des Sonderopfers für jüngere Beamte ist willkürlich und ungerecht.
10. Statt des Ausbaus des Landespersonalausschusses zu einer Fortbildungskontrollbehörde, die sich in den Zuständigkeitsbereich anderer Ressorts einmischt, sollte stärker auf die Eigenverantwortlichkeit und vor allem die vorhandene Erfahrung der Ressorts vertraut werden. Viele Ressorts sind Oberste Ausbildungsbehörden, die selbständig für die Organisation der Vorbereitungsdienste sowie die Qualifikationsnachweise im Rahmen von Staatsprüfungen verantwortlich sind. Sie haben sich hierbei bestens bewährt. Es wäre weitaus wirtschaftlicher und zielführender, vorhandene Strukturen zu nutzen als neue aufzubauen.